

## Kompromiss beim UN-Klimagipfel

Mit Verspätung ist die UN-Klimakonferenz in Peru am Sonntag zu Ende gegangen. Das wichtigste Ergebnis: Bis Ende März nächsten Jahres müssen die Länder dem UN-Klimasekretariat mitteilen, was sie von 2020 an für den Schutz des Klimas tun wollen.



Ermüdender Verhandlungsmarathon in Lima: Journalisten erholen sich auf Sitzkissen.

FOTO: DPA

# Die Welt bleibt zweigeteilt

Beim Klimagipfel formierten sich erneut Blöcke, aber die Trennlinie läuft nicht mehr zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN  
CHRISTIAN MIHATSCH

Die UN-Klimakonferenz in Lima ist vorbei, nun beginnt die Arbeit für die einzelnen Staaten. Bis Ende März müssen sie einen Plan vorlegen, was sie konkret vom Jahr 2020 an für den Schutz des Klimas zu tun gedenken. Um die Klimaschutzpläne der einzelnen Staaten vergleichbar zu machen, schreibt das Abkommen von Lima detailliert vor, wie diese Konzepte auszusehen haben.

„Damit besteht eine gute Basis für die Klimakonferenz in Paris im nächsten Jahr“, sagt Jennifer Morgan vom World Resources Institute, einer Umweltorganisation. Weniger positiv äußert sich Sven Harmeling von der Entwicklungsorganisation Care: „Das Abkommen ist enttäuschend. Es fehlt ein Mechanismus zur Evaluation der nationalen Emissionsziele. Aber es bringt uns bis Paris.“ In Frankreichs Hauptstadt soll ein neuer Weltklimavertrag verabschiedet werden mit dem Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad im Mittel zu begrenzen. Übersteigt die Klimaerwärmung zwei Grad, werden laut Experten Kipppunkte erreicht, ab denen sich der Klimawandel selbst verstärkt.

Im Gegensatz zu früheren Klimakonferenzen war nicht der Streit um Geld der Grund dafür, dass das Treffen verspätet zu Ende ging. In den ersten zehn Tagen der Konferenz forderten die Entwicklungsländer noch vehement einen Fahrplan zu den 100 Milliarden Dollar, die die Industriestaaten den Entwicklungsländern ab 2020 versprochen hatten. Doch dann wurde Geld bedeutungslos. Stunden vor Ende des Gipfels wurde eine inhaltslose Entscheidung zur Klimafinanzierung durchgewunken: „Durch diese Entscheidung ändert sich überhaupt Nichts“, sagt Jan Kowalzig von der Entwicklungsorganisation Oxfam.

Das bestimmende Thema war die Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die Klimakonvention listet in einem Anhang die Industriestaaten auf. Wer nicht auf dieser Liste aus dem Jahr 1992 steht, gilt als Entwicklungsland. Dieser Status war mit Privilegien verbunden. Für Entwicklungsländer waren Klimaschutz und die Hilfe für ärmere Länder freiwillig. Während Griechenland mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von 25 650 Dollar dazu verpflichtet ist, seine Emissionen zu senken und Klimagelder bereitzustellen,

ist dies für Saudi-Arabien freiwillig. Dabei ist das Königreich mit einem Pro-Kopf-BIP von 53 780 Dollar doppelt so reich. Dies soll sich mit dem neuen Klimavertrag von Paris ändern. In Zukunft müssen alle Länder ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen begrenzen.

Doch einige Entwicklungsländer sind nicht bereit, einfach so die alte Zweiteilung der Staatenwelt aufzugeben, denn es geht nicht nur ums Klima: „Das Abkommen von Paris ist die Weichenstellung für die zwischenstaatliche Ordnung der Welt“, sagt Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Umweltministerium. „Eine neue Ordnung hat auch Auswirkungen auf andere Politikbereiche.“ In Lima hat sich der Widerstand gegen die neue Ordnung in einer Verhandlungsgruppe organisiert, der „Gruppe der Gleichgesinnten“.

**Beim Applaus zeigen sich zwei getrennte Gruppen**

Zu dieser Gruppe gehören China, Indien, Ölexporture wie Saudi-Arabien und Venezuela, sowie linke lateinamerikanische Länder wie Kuba und Bolivien. Sprecher der Gruppe ist dieses Jahr Malaysia. Dieses lehnte sogar einen Halbsatz ab, der „Länder, die dazu willens sind“ einlädt, Klimageld bereitzustellen. Denn dadurch

könnte ja die Zweiteilung aus dem Jahr 1992 aufgeweicht werden.

Als Beispiel für die Zweiteilung der Welt dient Malaysia der Applaus im Konferenzraum. „Wenn geklatscht wird, sieht man die Zweiteilung der Welt“, sagt der malaysische Delegierte. Und tatsächlich: Beim Applaus zeigen sich zwei getrennte Gruppen. Doch Malaysia hat etwas übersehen: „Beim Applaus zeigt sich, dass die klassische Zweiteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer nicht mehr existiert“, meint Flasbarth. Denn die Fronten verlaufen anders: Die EU, die USA, die Schweiz, die fortschrittlichen lateinamerikanischen Länder, die kleinen Inselstaaten und die ärmsten Länder der Welt beklatschen sich gegenseitig. Die „Gleichgesinnten“ werden hingegen nur von einigen afrikanischen Ländern beklatscht. Es gibt eine Zweiteilung, aber sie ist politisch. Die harten Auseinandersetzungen in Lima ließen sich aber auch positiv sehen, meint Franz Perrez, der Leiter der Schweizer Delegation: „Diese zeigen, dass China und die Gleichgesinnten den Vertrag von Paris ernst nehmen. Sie sind sich sehr bewusst, dass sie in Zukunft ebenfalls Verantwortung für das Klima übernehmen müssen.“

## „Erstmals ein Abkommen, das alle Staaten einbindet“

**BZ-INTERVIEW** mit der Waldshuter Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter über die Kritik der Umweltschützer

Die großen Umweltorganisationen, aber auch der Verband der Chemischen Industrie kritisieren, dass es in Lima nicht gelungen sei, weltweite Verpflichtungen für den Schutz des Klimas zu vereinbaren. Hannes Koch sprach darüber mit Umweltstaatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD).

**BZ:** Wie beurteilen Sie die Sicht der Umweltverbände?

**Schwarzelühr-Sutter:** Sicherlich haben wir nicht alles erreicht, was wir erreichen wollten. Aber zum Glück ist die Konferenz nicht auf den letzten Metern gescheitert. Lima macht deshalb den Weg frei, damit in einem Jahr in Paris erstmals ein weltweites Klimaabkommen beschlossen werden kann, das alle Staaten einbindet. Bisher verpflichtet das Kyoto-Abkommen ja nur einige Industrieländer dazu, ihren Ausstoß klimaschädlicher Gase zu verringern. Jetzt haben alle Staaten zugestimmt, dass sie eigene Ziele zur Minderung der Emissionen festlegen. Das ist neu. Und diese Pläne sollen vergleichbar und überprüfbar sein. Außerdem ist

der Grüne Klimafonds mit zehn Milliarden Dollar gefüllt worden – Geld, das Entwicklungsländer für den Schutz der Küsten und den Aufbau der erneuerbaren Energien dringend brauchen.

**BZ:** Im Abschlussdokument von Lima steht, dass die einzelnen Staaten im kommenden Jahr ihre Klimaschutzziele mitteilen können. Dazu verpflichtet sind sie aber nicht. Mit dieser Art von Freiwilligkeit lässt sich doch kaum die Begrenzung des Treibhausgas-Ausstoßes umsetzen.

**Schwarzelühr-Sutter:** Ich möchte das Positive betonen. Viele Länder haben zwar noch Schwierigkeiten, sich völkerrechtlich verbindlich zu verpflichten. Aber wir erleben ein wichtiges Umdenken: Erstmals haben alle Regierungen dieser Erde das Prinzip akzeptiert, dass jedes Land etwas tun muss.

**Koch:** Vor der Konferenz hatte China angekündigt, dass das Land etwa ab 2030 weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen wolle. Warum stimmte es dann keiner gemeinsamen Verpflichtung für die Reduktion zu?

**Schwarzelühr-Sutter:** Die chinesische Regierung weiß, dass sie etwas tun muss.



Schwarzelühr-Sutter FOTO: BZ

Aber sie will das Tempo selbst bestimmen. Auch Indien und andere Schwellenländer möchten vermeiden, dass ihr wirtschaftlicher Fortschritt gebremst wird. Darum ist es so wichtig, dass wir mit unserer Energiewende zeigen, wie Wirtschaftswachstum und Klimaschutz zusammenpassen.

**BZ:** Gab es Kritik daran, dass auch der angebliche Klima-Musterschüler Deutschland Dutzende großer Kohlekraftwerke noch Jahrzehnte weiterbetreiben will?

**Schwarzelühr-Sutter:** Im Gegenteil, das Aktionsprogramm der Bundesregierung ist sehr positiv aufgenommen worden. Das Ziel, unsere Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu verringern, kann sich ja auch sehen lassen.

**BZ:** Weil die Verhandlungen nur langsam vorankommen, könnte sich die Erdatmosphäre schließlich stärker erwärmen. Müssen nicht die Industriestaaten viel mehr Geld beispielsweise für den Schutz ihrer eigenen Küsten ausgeben?

**Schwarzelühr-Sutter:** Das tun wir bereits. Deutschland praktiziert eine Doppelstrategie. Erstens stellen wir unser Energiesystem um. Bis 2050 werden wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um mindestens 80 Prozent verringern. Zweitens behalten wir die Anpassungsmaßnahmen im Auge. So haben wir zusammen mit den Bundesländern das Programm für besseren Hochwasserschutz auf den Weg gebracht.

**Rita Schwarzelühr-Sutter** (52) ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium. Die Ökonomin vertritt den Wahlkreis Waldshut.

### ERKLÄR'S MIR

#### Warum gibt es Klimagipfel?

Kohlendioxid, auch CO<sub>2</sub> genannt, ist ein unsichtbares Gas. Gibt es viel Kohlendioxid in der Luft, erwärmt sich die Erde. Das passiert seit vielen Jahren. Der Grund: Wir Menschen produzieren sehr viel Kohlendioxid. Es findet sich zum Beispiel im Rauch der Fabriken oder in den Abgasen der Autos. Die Folgen der Erderwärmung sind, dass das Eis am Nord- und am Südpol zu schmelzen beginnt und zu Wasser wird. Das Wasser fließt in die Meere und diese beginnen zu steigen. Für viele Inseln ist das gefährlich. Sie drohen überschwemmt zu werden. Um der Gefahr der Erderwärmung entgegen-



zuwirken, treffen sich Politiker und Umweltschützer aus der ganzen Welt zu Klimagipfeln. Dort überlegen sie, was man dagegen unternehmen kann. So müssten die Fabriken so gebaut werden, dass sie weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen. Oft können sich die Politiker aber nicht einigen, welches Land wie viel CO<sub>2</sub> einsparen soll. Viele ärmere Länder meinen, dass es für sie zu teuer wäre, ihre Fabriken besser zu bauen. Sie wollen, dass vor allem die reichen Länder, die viel mehr Fabriken haben, sich mehr anstrengen. In einem Jahr soll bei einem Klimagipfel in Paris festgelegt werden, wie die Länder die Erderwärmung verhindern können. ar

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER:** Dr. Christian H. Hodeige  
**CHEFREDAKTEUR:** Thomas Hauser (verantwort.)  
**STELLV. CHEFREDAKTEUR:** Thomas Fricker, Holger Knöferl  
**LEITENDER REDAKTEUR:** REPORTAGE/LAND & REGION: Stefan Hupka  
**POLITIK:** Thomas Fricker; **NACHRICHTEN & BLATTPLANUNG:** Frauke Wolter, Karl-Heinz Fesenmeier; **WIRTSCHAFT:** Dr. Jörg Buteweg; **KULTUR & MAGAZIN:** Alexander Dick; **SPORT:** Michael Dörfler; **FORUM:** Maikka Kost  
**HEIMATREDAKTION:** Holger Knöferl  
**KORRESPONDENTENBÜROS** in Berlin, Stuttgart, Brüssel, London, Paris, Straßburg, Rom, Washington, Moskau, Peking und Johannesburg

**CHEF VOM DIENST:** Hans-Peter Müller  
**STELLV. CHEF VOM DIENST:** Anselm Bußhoff  
**LAYOUT/GRAFIK:** Wolfgang Grabherr  
**BZ-EXTRA:** Michael Sträter

**BADISCHER VERLAG GMBH & CO. KG,**  
Basler Straße 88, 79115 Freiburg  
Telefon 0761 - 496-0  
Fax Redaktion 0761 - 496-5029  
Fax Abonentenservice 0761 - 496-8696  
Fax Geschäftsführung Verlag 0761 - 496-4709

**E-MAIL-ADRESSEN:**  
redaktion@badische-zeitung.de  
forum@badische-zeitung.de  
aboservice@badische-zeitung.de

**GESCHÄFTSFÜHRER:** Wolfgang Poppen, Hans-Otto Holz  
**ANZEIGEN:** Ralph Strickler (verantwort.)  
**VERTRIEB:** Thomas Zehnle  
**PERSONAL UND RECHT:** Dr. Verena Ehrlicher

**ANZEIGENANNAHME:**  
Telefon 0800 - 22 24 221 Fax 0800 - 2224 229  
E-Mail: anzeigen@badische-zeitung.de  
Internet: www.badische-zeitung.de/anzeigen  
www.schnapp.de

**FÜR INSERATE AUS DER SCHWEIZ:**  
Publicitas Basel, Telefon 061 - 27 54 141  
Fax 061 - 27 54 242

**DRUCK UND VERSAND:**  
Freiburger Druck GmbH & Co. KG



Die Badische Zeitung ist Mitglied im International Color Quality Club der weltbesten gedruckten Tageszeitungen.

Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet. Keine Haftung für unverlangt eingesandtes Text- und Bildmaterial. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 77 vom 1. Januar 2014.